

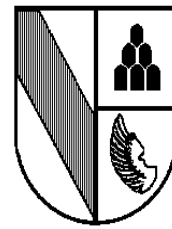
Zweckverband Regio-Nahverkehr Freiburg (ZRF)



Landkreis
Breisgau Hochschwarzwald



Stadt
Freiburg i. Br.



Landkreis
Emmendingen

PRESSEERKLÄRUNG

**Land kündigt Kürzung der Verbundförderung um bis zu 20 Prozent an:
ZRF und RVF rechnen mit Wegfall an Fördermitteln von bis zu 1,5
Millionen Euro innerhalb der nächsten fünf Jahre**

**ZRF-Vorsitzende wenden sich gegen Landespläne: „Die Summe aller
Kürzungen von Bund und Land auf verschiedenen Ebenen können nicht
mehr kompensiert werden. Das Land muss seiner Verantwortung
gegenüber den Verkehrsverbänden nachkommen, sonst sind viele
Errungenschaften im regionalen ÖPNV gefährdet.“**

REGIO-VERBUND

Gesellschaft mbH (RVG)

Im Auftrag des ZRF

Fehrenbachallee 12
79106 Freiburg i. Br.
Tel. 0761/201-4655// Fax: 0761/201-4689 //
e-mail: info@regio-verbund.de
www.regio-verbund.de

16.12.2004

Anfang November kündigte das Ministerium für Umwelt und Verkehr des Landes Baden-Württemberg (UVM) allen Verkehrsverbänden an, die Verbundförderung ab Januar 2005 neu zu berechnen: Danach werden die Fördermittel von derzeit 2,5 Millionen Euro im Jahr in den nächsten fünf Jahren schrittweise um bis zu 20 Prozent gekürzt (2 Prozent im ersten Jahr, 8 Prozent im zweiten Jahr, 12 Prozent im dritten Jahr, 16 Prozent im vierten Jahr und um 20 Prozent im fünften Jahr). Für den ZRF und somit auch für die Verkehrsunternehmen im Regio-Verkehrsverbund Freiburg (RVF), bedeutet das eine Kürzung der Fördermittel in Höhe von insgesamt rund 1,5 Millionen Euro in den nächsten fünf Jahren.

Die Vorsitzenden des ZRF haben sich zusammen mit dem Regio-Verkehrsverbund Freiburg (RVF) deshalb an das Ministerium gewandt, diese Pläne noch einmal zu überdenken. Insbesondere die Summe aller Kürzungen von Bund und Land auf verschiedenen Ebenen gefährdeten die ÖPNV-Strukturen in der Region. Die ZRF-Vorsitzenden Landrat Hanno Hurth, Landrat Jochen Glaeser und Oberbürgermeister Dieter Salomon appellieren deshalb an die Verantwortung des Landes gegenüber den Verbänden: „Das Land steht hier besonders in der Pflicht, weil es um die Strukturen in den Regionen geht.“ Zugleich machten sie in ihrem Schreiben deutlich, dass die regionalen Gebietskörperschaften bei der derzeitigen Haushaltssituation nicht mehr in der Lage sind, die Kürzungen des Landes auszugleichen.